

mandelbaum *verlag*

Josef Vogl

AUFBRUCH IN DEN OSTEN

Österreichische Migranten
in Sowjetisch-Kasachstan

*Herausgegeben vom Dokumentationsarchiv
des österreichischen Widerstandes*

mandelbaum *verlag*

Gedruckt mit Unterstützung durch

ZukunftsFonds

der Republik Österreich

mandelbaum.at • mandelbaum.de

ISBN 978-3-85476-840-1

© mandelbaum *verlag* wien • berlin 2019

alle Rechte vorbehalten

Lektorat: CHRISTA MEHANY-MITERRUTZNER

Satz: KEVIN MITREGA

Umschlag: MICHAEL BAICULESCU

Umschlagbild: ERIKA SCHLAGER, In der Uhlfeldkolonie, 1926

Druck: PRIMERATE, Budapest

INHALTSVERZEICHNIS

1.	EINLEITUNG	7
2.	DIE UHLFELD-KOLONIE	10
2.1.	Geschichte der Kolonie	10
2.2.	Kurzbiografien der Uhlfeld-Kolonisten	79
3.	DAS ARTEL »SOLIDARNOST'« (SOLIDARITÄT)	158
4.	OPFER DER STALINISTISCHEN REPRESSIONEN	183
4.1.	Ehemalige Uhlfeld-Kolonisten	184
4.2.	In Kasachstan lebende und dort verhaftete Migranten	205
4.3.	Gefängnis-, Lager- oder Verbannungsstrafe in Kasachstan	217
4.4.	In Kasachstan verhaftete Nisko-Flüchtlinge	230
4.5.	Ein in Kasachstan verschwundenes Kind	235
5.	KRIEGSGEFANGENE, POLIT- UND ARBEITSEMIGRANTEN	237
6.	JÜDISCHE INTERNIERTE	252
	ANHANG	
	Archive	281
	Abkürzungen	282
	Literatur	283
	Bildnachweis	284
	Namensregister	285

1. EINLEITUNG

Österreichische Emigranten in der Sowjetrepublik Kasachstan – das Thema mag auf den ersten Blick ungewöhnlich und unergiebig erscheinen, sieht man von den Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs ab, die hier gar nicht behandelt werden. Den Anstoß zur Beschäftigung mit diesem Thema erhielt ich durch eine Anfrage aus Kanada. Robert Strach und Erika Schlager, Nachkommen von Auswanderern, die an der Gründung der Uhlfeld-Kolonie beteiligt waren, suchten nach Informationen zum Schicksal ihrer in der Zeit der stalinistischen Repressionen verschwundenen Verwandten: im ersten Fall handelte es sich um den Vater und den Pflegevater, im zweiten um den Stiefvater des Vaters. Ich konnte zwar – in Kenntnis des einschlägigen Beitrags von Hans Schafranek¹ – in groben Zügen Auskunft über die Uhlfeld-Kolonie geben, jedoch enthält Schafraneks Bericht nichts über die gesuchten Personen. Immerhin war Alois Fluch, der Pflegevater von Robert Strach, im *Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer*² und somit auch in der Web-Datenbank³ mit Basisinformationen enthalten, weshalb die Anfrage aus Kanada überhaupt zustande kommen konnte. Angeregt von der Korrespondenz mit Kanada, begann ich weiter zu recherchieren. So entstand die Idee, ein Projekt über die Österreicher in Kasachstan beim Zukunftsfonds der Republik Österreich einzureichen.

- 1 Eine erste Darstellung des Projekts, beschränkt auf Akten des Wanderungsamts in Wien, liefert Hans Schafranek in: Barry McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera, *Aufbruch. Hoffnung. Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945*, Wien 1997, S. 49–69. Die Dissertation von Peyravan stützt sich auf die Darstellung Schafraneks, ergänzt durch Artikel aus der zeitgenössischen Presse: Ronald Peyravan, *Zwischen Aufbruch und Abbruch – die Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu der Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit. Unter besonderer Berücksichtigung der österreichischen Arbeitsmigration*, Wien, Wirtschaftsuniversität, 2010.
- 2 Barry McLoughlin/Josef Vogl, »... Ein Paragraf wird sich finden«. *Gedenkbuch der österreichischen Stalin-Opfer (bis 1945)*, Wien 2013.
- 3 <https://www.doew.at/erinnern/biographien/oesterreichische-stalin-opfer-bis-1945>;
<http://www.russisch.or.at/html/stalinfo.htm>.

Die Bewilligung des Projekts ermöglichte mir Archivarbeiten in Kasachstan, die sich als sehr ertragreich erwiesen. Schnell stellte sich heraus, dass es nicht möglich ist, in einem ersten Anlauf alle Materialien, die Österreicher betreffen, zu berücksichtigen. Beispielsweise liegen die Strafakten der Opfer der stalinistischen Repressionen in den Gebietsarchiven des Innenministeriums und sind daher über das ganze Land verstreut. Nicht in allen Fällen sind sie zugänglich, außerdem bestehen Einschränkungen: Verwandte von rehabilitierten Personen haben das Recht, Dokumente allgemeiner Art wie Fragebögen, Kaderunterlagen etc. einzusehen, jedoch keine das Strafverfahren betreffenden Dokumente (z. B. Verhörprotokolle).⁴ Archivmaterial aus Kasachstan fehlt auch im Kapitel über das Internierungslager Nr. 99, in dem viele nach dem »Anschluss« aus Österreich geflüchtete Juden, die auf verschiedenen Wegen auf sowjetisches Staatsgebiet geraten und aufgrund ihrer deutschen Pässe verhaftet worden waren, bis Anfang 1947 interniert waren. Im Abschnitt über die Uhlfeld-Kolonie konnten ergänzende Materialien aus dem Archiv des Außenministeriums in Moskau und betreffend Rückwanderer aus der Sowjetunion Verhörprotokolle der Gestapo aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin herangezogen werden.

Die Transliteration kyrillischer Schriften erfolgt nach den in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur üblichen Regeln, d. h. in Anlehnung an ISO 9. Ortsnamen wurden im Allgemeinen in der Form übernommen, wie sie in den Quellen enthalten sind. Zusätzlich wird – zumindest beim ersten Auftreten – auf spätere Umbenennungen verwiesen. Kasachische Leser werden gebeten, das Fehlen der kasachischen Varianten zu entschuldigen. Angesichts der zahlreichen Umbenennungen hätten sie zu einer unnötigen Aufblähung des Textes geführt. Bei im Deutschen üblichen Toponymen wie Moskau, Prag, Krim, Ob etc. wird auf die offizielle Benennung in der Landessprache oder die korrekte Transliteration verzichtet.

Noch ein Hinweis ist unumgänglich – nicht alle hier behandelten Personen waren unbedingt österreichische Staatsbürger. Soweit aktenmäßig belegt, wird ohnehin auf die Staatsbürgerschaft hingewiesen. Jedenfalls besteht in allen Fällen ein enger Zusammenhang mit Österreich, sei es mit der Ersten Republik oder der k. u. k. Mo-

4 Vgl. https://www.inform.kz/ru/v-dvd-almaty-budut-vydavav-arhivnye-spravki-o-zhertvah-politicheskikh-repressiy_a2712674 (abg. 17. 10. 2018).

narchie. Wer wie der Deutsche Rudolf Strach mit der Uhlfeld-Kolonie aus Österreich nach Kasachstan ausgewandert ist, kann selbstverständlich nicht ausgeklammert werden.

Ein Teil dieser Publikation entstand im Rahmen meiner Tätigkeit am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Für Hinweise, Daten, Beschaffung von Archivalien, Fotos etc. danke ich – in alphabetischer Reihenfolge – Ruslana Berndl (Wien), Peter Felch (Wien), Gul'žauchar Kokebaeva (Almaty), Wilhelm Mensing (Bonn), Verena Moritz (Wien), Viktoria Sagl (Moskau), Ilona Slawinski (Wien). Mein besonderer Dank gilt den hilfreichen Mitarbeitern kasachischer Archive und dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, der das Projekt überhaupt ermöglicht hat.

Josef Vogl

2. DIE UHLFELD-KOLONIE

2.1. Geschichte der Kolonie

Auswanderung

Die österreichische Geschichte der zwanziger und dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts war wesentlich von Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut geprägt. Es ist naheliegend, dass in diesem Zusammenhang das Thema Auswanderung eine große Rolle spielte. Neben der individuellen Auswanderung einzelner Personen oder Familien gab es auch das Phänomen der organisierten Auswanderung größerer Gruppen. Einen Höhepunkt erreichte die Auswanderung 1923, als mehr als 15 000 Österreicher ihre Heimat verließen. Ziel waren in erster Linie die USA, die allerdings Einwanderer nicht unbeschränkt aufnahmen. Die Mehrzahl der österreichischen Auswanderer ging daher nach Südamerika, insbesondere nach Brasilien und Argentinien. Die Auswanderung nach Australien dagegen war wegen der weiten Reise kostspielig: die Passage kostete 1926 rund 40 britische Pfund. Den gleichen Betrag mussten die Einwanderer an Barmitteln vorweisen. Wer den Betrag von zusammen umgerechnet mehr als 2500 Schilling aufbringen konnte, brauchte jedoch nicht auszuwandern, jedenfalls nicht aus Armut.

Mit der Regulierung insbesondere der organisierten Auswanderung aus Österreich befasste sich eine Abteilung des damals auch für innere Angelegenheiten zuständigen Bundeskanzleramtes, das Wanderungsamt, das von 1920 bis 1938 existierte und bis Ende 1933 von Ministerialrat Dr. Heinrich Montel geleitet wurde. Die Notwendigkeit einer bürokratischen Institution ist evident. Einerseits wandten sich Auswanderer, die sich zu Gruppen zusammengeschlossen hatten, an den Staat um finanzielle Hilfe. Es bildeten sich Vereine, die das Ziel hatten, die Auswanderung zu fördern. Windige Geschäftsmacher nutzten die Situation und versprachen Auswanderungswilligen das Blaue vom Himmel. Verzweifelte Arbeitslose, die keine Unterstützung mehr erhielten (»Ausgesteuerte«), verkauften ihre letzte

Habe, um sich in fernen Landen eine neue Existenz zu gründen. Sie verarmten gänzlich und fielen in der Folge wieder dem Staat zur Last.

Finanzielle Unterstützung von Auswanderern lehnte das Wanderungsamt prinzipiell ab. Es beschränkte sich hauptsächlich auf Beratung, wobei es durch die Verbindung zu den österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland über fundierte Informationen über die Zielländer der Auswanderer verfügte. Nichtstaatliche Auswanderungsberatung ließ es unterbinden. Beispielsweise wurde die Gründung des Vereins *Kolonie Innsbruck* untersagt, weil den Statuten die Gründung einer Kolonie in Brasilien zu entnehmen war. Beratungstätigkeit sei dem Staat vorbehalten, durch Auswanderungspropaganda seien schon viele zu Schaden gekommen und dem Staat Kosten erwachsen, wurde Anton Minati in Innsbruck, dem Proponenten des geplanten Vereins, mitgeteilt.⁵

Gegen die Leitung des Vereins *OERUSA* (Österreichisch-russischer Unternehmungs- und Arbeiterinteressenverband) in Graz wurde sogar ein Strafverfahren eingeleitet. Der ursprünglich vom Bundeskanzleramt genehmigte Verein konnte mit Propaganda zur Kolonisierung freien Landes und anderer Unternehmungen in der Sowjetunion innerhalb kurzer Zeit 600 Mitglieder gewinnen, obwohl eine Beitrittsgebühr von 1 Schilling und ein Wochenbeitrag von 50 Groschen eingehoben wurden. Angebliche Aktivitäten der Vereinsleitung, für die zusätzliche Beiträge in beträchtlicher Höhe eingehoben worden waren, z. B. zwecks Entsendung einer Delegation zu Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung, konnten im Zuge einer amtlichen Durchsuchung jedoch nicht festgestellt werden.⁶ Der Verein wurde wegen Staatsgefährdung aufgelöst: die Behörden gingen davon aus, dass die aufgrund irriger Vorstellungen ausgewanderten Personen in der Regel in Not geraten würden und dem Staat aus der Obsorge und der Heimbeförderung der Auswanderer eine drückende Last entstände. Die wichtigsten Funktionäre der *OERUSA*, Johann Spiel und Dr. Rudolf Rainer, wurden überdies bei der Staatsanwaltschaft wegen Betrugs angezeigt.⁷

Die Arbeiterkammer versuchte, Auswanderungswillige vor »gewissenlosen Übervorteilungen durch Auswanderungsgesellschaften«

5 Bescheid vom 28. 12. 1925: ÖStA, AdR, Inneres, WA 2236, Karton 183, Zl. I-818/2.

6 Die schwindelhafte »Oerusa«, in: Ybbser Zeitung, 4. 12. 1926, S. 5.

7 ÖStA, AdR, Inneres, WA 2236, Karton 183, Zl. 32.862 vom 24. 11. 1926.

zu schützen. Gleichzeitig hatte sie das Wohl der österreichischen Wirtschaft im Auge und warnte vor dem Verlust qualifizierter Arbeitskräfte und vor dem Einsatz von Zuwanderern als Streikbrecher in ausländischen Betrieben. Andererseits bemühte sie sich, in Österreich nicht gefragte Techniker, Ingenieure und gut ausgebildete Metallarbeiter in die Sowjetunion zu vermitteln, wo Mangel an solchen Fachkräften herrschte.⁸

Die Sowjetunion als Ziel der Auswanderung von Österreichern mag aufgrund der politischen Verhältnisse ungewöhnlich erscheinen. Einerseits fiel kommunistische Propaganda vom Aufbau eines sozialistischen Staates bei verzweifelten Arbeitslosen auf fruchtbaren Boden, andererseits wanderten auch aus anderen mitteleuropäischen Ländern und auch aus den USA Menschen in die Sowjetunion aus und gründeten dort Kolonien oder Genossenschaften. Deutsche waren vor allem im europäischen Teil des Landes tätig, Japaner und Amerikaner im Fernen Osten. Die sowjetische Seite zeigte Entgegenkommen vor allem bei organisierten Gruppen, die an landwirtschaftlicher Produktion interessiert waren. Miroslav Schneider berichtet in seiner Dissertation⁹ über die tschechoslowakischen Auswanderergruppen in der Sowjetunion, dass die ersten zwei amerikanischen Auswanderergruppen in die Sowjetunion dort bereits um die Jahreswende 1920/21 ankamen. Sie ließen sich in der Nähe von Tambov, also im europäischen Russland, nieder. Die eher industriell als agrarisch ausgerichtete Kolonie *Interhelpo*, die ihre Basis im slowakischen Žilina hatte, siedelte sich dagegen in der Nähe der kirgisischen Hauptstadt Pišpek (Frunze, jetzt Biškek) an. In mehreren Transporten gelangten mehr als 1000 Auswanderer aus der Tschechoslowakei in die zentralasiatische Republik, die ersten bereits im April 1924.

Von etwa zwei Dutzend ausländischen Kolonien, die in den zwanziger Jahren in der Sowjetunion gegründet wurden, erwiesen sich nur sechs als – zumindest vorübergehend – lebensfähig. Die drei, die sich auf kasachischem Territorium befanden, gehörten nicht dazu. Nach Angaben des – allerdings wenig zuverlässigen – sowjetischen Historikers Ivan Fedorovič Plotnikov existierten bereits 1921 die zwei Sied-

8 Gewerkschaftskommission Österreichs (Hg.), *Die Arbeiterkammern in Österreich 1921/1926*, Wien 1926, S. 99 ff.

9 Miroslav Schneider, *Die tschechoslowakische Auswanderung in die Sowjetunion in der Zwischenkriegszeit (1921–1939)*. Inaugural-Dissertation der Universität Regensburg, Regensburg 2007, S. 76, S. 93 ff.

lerkolonien Восходящее солнце Сибири (Aufgehende Sonne Sibiriens) und Восток (Osten) im Gebiet Semipalatinsk (Semej) in Ostkasachstan.¹⁰

Karl Uhl und die Republikanische Vereinigung

Der Verein *Reichsverband ehemaliger Kriegsgefangener* entstand 1919 in Wien. Leider ist der entsprechende Behördenakt unvollständig, die Anfänge des Vereins und seine Proponenten sind nicht dokumentiert.¹¹ In den vorhandenen Unterlagen scheint 1923 der bekannte kommunistische Rechtsanwalt und Politiker Dr. Egon Schönhof¹² als Vorsitzender des Vereins auf. Am 21. Dezember 1920 stellte der Verein beim Bundesministerium für Inneres und Unterricht den Antrag auf Umbenennung in *Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer (Arbeiter und landarme Bauern) Oesterreichs*. Danach wurde daraus die *Antimilitaristische Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer (Österr. Sektion der ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer)*. Die Polizei beobachtete den Verein misstrauisch, weil die Mehrzahl der Mitglieder der KP angehörte. Am 27. Mai 1923 beschloss die »Reichskonferenz« des Vereins die Umgestaltung in *Republikanische Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsoffer* (= Österreichische Sektion der Internationale der ehemaligen Kriegsteilnehmer und der Kriegsoffer).¹³ Die Statuten des Vereins wurden laufend geändert. Vor der Ende 1924 angestrebten folgenden Änderung der Statuten, die dezidiert auf Auswanderung abzielte, warnte Ministerialrat Montel eindringlich:

10 И. Ф. Плотников, Корни интернациональной дружбы. <http://bibliotekar.kz/istorija-kazahstana-belye-pjatna/korni-internationalnoi-druzhyby.html> (abg. 4. 5. 2017).

11 ÖStA, AdR, BKA, Inneres, 13/4, GZ 102.717/20.

12 Egon Oskar Schönhof, geb. 9. 4. 1880 in Wien, war ein zum Katholizismus konvertierter Jude. 1914 geriet er als Oberleutnant in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er 1920 als Kommunist zurückkehrte. Er engagierte sich u. a. für die Rote Hilfe und den *Bund der Freunde der Sowjetunion*, verteidigte erfolgreich 1928 den im Zusammenhang mit dem Justizpalastbrand angeklagten Johann Koplenig. Schönhof war wiederholt Spitzenkandidat der KPÖ bei Nationalratswahlen. Nach dem »Anschluss« sofort verhaftet, wurde er im Oktober oder November 1942 im KZ Auschwitz ermordet.

13 Abgekürzt *Republikanische Vereinigung* (so auch in der zeitgenössischen Presse) oder RV.

Nach § 2, lit. A, der geänderten Statuten bezweckt der Verein nunmehr auch die Förderung der Auswanderung von mit der Landwirtschaft vertrauten ehemaligen Kriegsteilnehmern nach Rußland mit dem Ziele einer Agrar- und Wirtschaftskolonie auf kommunaler und genossenschaftlicher Grundlage. Diese Förderung würde auch die Entfaltung einer möglichst intensiven Auswanderungspropaganda in sich schließen, die in Anbetracht der bedeutenden Geldmittel [...] mit Grund besorgen läßt, daß zahlreiche Auswanderer in Notlage geraten würden, sodaß dem österr. Staate aus der Obsorge für die hilfsbedürftig gewordenen Personen drückende Lasten erwachsen müßten. Diese Vereinstätigkeit [...] muß daher als staatsgefährlich bezeichnet werden.¹⁴ Für die eindeutige Ausrichtung auf Auswanderung in die Sowjetunion war der Sozialdemokrat Karl Uhl verantwortlich, der 1924 erstmals als Obmann der *Republikanischen Vereinigung* zeichnete. Uhl, geboren 1889 in Wien, war von Beruf Metallarbeiter. Vor dem Ersten Weltkrieg war er zeitweise als Kassier eines Betriebes tätig gewesen. Von 1915 bis 1918 befand er sich in russischer Kriegsgefangenschaft¹⁵ und war in einem Lager bei Perovsk (ab 1925 Kzyl-Orda, seit 1997 Kyzylorda) interniert, was für die Niederlassung der Kolonie genau dort nach Ansicht des kasachischen Historikers A. S. Takenov maßgeblich gewesen sein dürfte.¹⁶

Die *Republikanische Vereinigung*, die um 1925 immerhin mehr als 1000 Mitglieder hatte, entwickelte ab Sommer 1924 den Plan, in der Sowjetunion eine Landwirtschafts- und Gewerbekolonie auf genossenschaftlicher Basis für 600 österreichische Auswanderer zu errichten. Die Mehrzahl der Vereinsmitglieder waren ehemalige Kriegsgefangene in Russland. Sie glaubten, die Verhältnisse zu kennen und darüber hinaus die russische Sprache ausreichend zu beherrschen. Die *Republikanische Vereinigung* zeigte sich jedoch schlecht informiert, als sie in einem Schreiben an die Arbeiterkammer argumentierte, die »Kirgisenrepubliken«¹⁷ seien ein Neuland mit hohem Potenzial, in

14 ÖStA, AdR, BKA, Inneres, 13/4, GZ 153.829, 16/24.

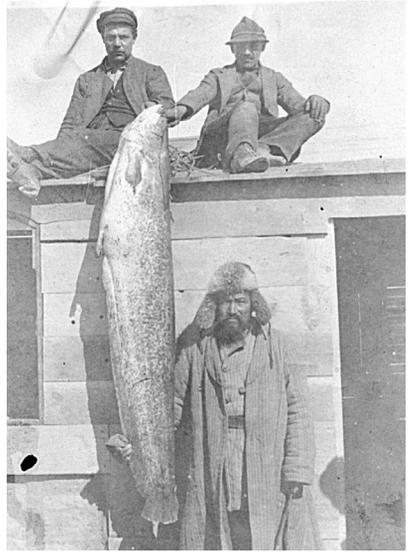
15 ÖStA, KA, GBBL, Wien 1889, Karton 1254.

16 Абу Сактаганович Такенов, Узы интернациональной дружбы, Алма-Ата 1980, S. 107.

17 Gemeint sind die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion. Rund 200 Jahre lang wurden aufgrund eines Flüchtigkeitsfehlers die – mit den Kirgisen freilich eng verwandten – Kasachen als Kirgisen bezeichnet. Der Fehler wurde

dem sich einzig die Briten um Konzessionen bemühten, jedoch aus politischen Gründen nicht erhielten.

Am 12. Jänner 1925 wurde auf Betreiben des Wanderungsamts der *Republikanischen Vereinigung* die Änderung der Statuten, wonach die Förderung der Auswanderung nach Russland eines der Ziele des Vereins werden sollte, vorerst noch behördlich untersagt.¹⁸ Der erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit der *Republikanischen Vereinigung* gelang es, die ursprünglich negative Haltung der Öffentlichkeit und insbesondere der Behörden gegen-



Stehend Karl Uhl (2)

über der Förderung der Auswanderung zu verändern. Natürlich mussten auch die Statuten der Organisation entsprechend adaptiert werden. Als die *Republikanische Vereinigung* am 15. Oktober 1925 zu einer öffentlichen Versammlung von Auswanderungswilligen in die Sowjetunion in die Volkshalle des Wiener Rathauses lud, folgten – wie *Die Rote Fahne* berichtete – rund 1100 Personen der Einladung.¹⁹ Auf der Versammlung wurden die sozialdemokratischen Führer, die Arbeiterkammer und das Wanderungsamt scharf angegriffen. Redner verlangten, dass Dr. Fritz Rager, der für Migrationsfragen zuständige Sekretär der Arbeiterkammer, abgesetzt werde. Der Regierung wurde mit einem »starken Anwachsen des Kommunismus«²⁰ gedroht, falls sie die Auswanderung nicht fördere. Über die Vereinszeitung *Der Kriegsteilnehmer* erreichte die *Republikanische Vereinigung* eine breite

offiziell erst 1925 richtiggestellt. Siehe dazu <https://www.nur.kz/336455-pochemu-kazahov-nazyvali-kirgizami.html> (abg. 30. 3. 2017). Die fehlerhafte Bezeichnung hielt sich jedoch noch jahrzehntelang, insbesondere auch im Ausland, weil es zu Verwechslungen mit den Kosaken kam.

18 ÖStA, AdR, Inneres, WA 2236, Karton 182, Zl. 43.000-13/25.

19 Die Auswanderungsaktion der ehemaligen Kriegsteilnehmer, in: *Die Rote Fahne*, 22. 10. 1925, Nr. 249, S. 6.

20 ÖStA, AdR, Inneres, WA 2236, Karton 182.